

## **Gesetz und Ordnung in Schriesheim**

### **Gedanken eines besorgten Schriesheimer Bürgers!**

**Law and Order** ist die Forderung nach drastischen Gesetzen und harten polizeilichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität, Rauschgiftsucht und Gewalt. In Schriesheim werden solche Maßnahmen allerdings auch gegen Bürgerinitiativen wie die BI Gegenwind Schriesheim angewendet, wenn sie auf einem Privatgrundstück ein Banner gegen die Errichtung von Windkraft-Großindustrieanlagen im Odenwald aufstellen. So geschehen am 22. September 2016 gegen 14:15 Uhr in der Talstraße, als zwei Mitarbeiter der Stadt Schriesheim ohne Verständigung der Grundstückseigner deren Grundstück betreten und das abgebildete Banner entfernen und mitnehmen. Wer ursprünglich den Auftrag dafür gegeben hat, ist derzeit noch unklar. Eindeutig ist dagegen, dass es sich dabei um den juristischen Vorgang der verbotenen Eigenmacht handelt, die dem Besitzschutz zuwider läuft. Außerdem sind Eigentum und Wohnraum durch das Grundgesetz geschützt. Unmittelbare Gefahr für Land und Leute oder die demokratische Grundordnung ging von dem Banner nicht aus, insofern hätte man den Rechtsweg einhalten und die Grundstückbesitzer ansprechen können. Offenbar wurde jedoch eine unmittelbare Gefahr für die Gesinnung der Allgemeinheit befürchtet, daher duldete die Aktion keinen Aufschub. Das Banner hing dort auch "erst" seit mehreren Monaten.

Darauf angesprochen hat Bürgermeister Hansjörg Höfer bei der Bürgerfragestunde der letzten Gemeinderatssitzung am 28. September betont, nicht nur ein Freund, sondern sogar der gewählte Vertreter von *Gesetz und Ordnung* zu sein. Tatsächlich nahm er diese Begriffe fast ein Dutzend mal für sich in Anspruch. In der Tat nimmt er es mit Ordnungswidrigkeiten sehr genau, beispielsweise beim verbotenen Überfahren von Pollern durch mutmaßliche Schriesheimer Bürger, die den kilometerlangen Weg vom Berg in die Stadt abkürzen wollen. Hier ist er unerbittlich und spricht von rücksichtslosen gefährlichen Egoisten. Er inszeniert sogar öffentlichkeitswirksam die Präsentation eines beschädigten Pollers im Sinne eines *corpus delicti*. Weniger genau nimmt er es, wenn es sich um Rechtswidrigkeiten handelt, die von seinen weisungsgebundenen Mitarbeitern begangen werden. Mehrfach dazu aufgefordert, mitzuteilen, ob er selbst diesen Rechtsbruch angeordnet oder wissentlich toleriert hat, verweigert er hartnäckig entsprechende Auskünfte an die Öffentlichkeit.

In der letzten Gemeinderatssitzung am 28. September wurde Bürgermeister Hansjörg Höfer mehrfach dazu aufgefordert, mitzuteilen, ob er selbst die Entfernung eines Banners der BI Gegenwind von einem Privatgrundstück in der Talstraße angeordnet oder zumindest toleriert hat, verweigerte aber hartnäckig entsprechende Auskünfte an die Öffentlichkeit. Schon gar nicht kam eine öffentliche Entschuldigung über seine Lippen, das lag ihm offenbar gänzlich fern. Auch das beschädigte Banner mochte er seinem Gemeinderat nicht präsentieren, das lag nämlich - im Gegensatz zu dem kaputten Poller - auf dem Bauhof der Stadt Schriesheim.

Offenbar ist Bürgermeister Höfer besorgt über die Folgen des gemeindlichen Handelns. Besorgt sein sollte er allerdings auch um seinen Ruf als demokratisch gewählter Ortsvorsteher, der gleichermaßen alle Bürger vertreten soll und pluralistisch eine freie Meinungsäußerung ermöglichen muss. Diese ist nämlich aufgrund von Artikel 5 des Grundgesetzes zu garantieren. Diesbezüglich steht leider zu befürchten, dass Herr Höfer das Banner nicht aufgrund seiner Dimensionen (ca. ein auf vier Meter), sondern wegen seiner Inhalte abhängen ließ. Diese Haltung scheint dem Umstand geschuldet, dass der Bürgermeister plant, eine Fläche so groß wie etwa 50 Fußballfelder auf gemeindeeigenem, über 100 Jahre altem Mischwald - seit 2015 Teil des **UNESCO Geonaturparks Bergstraße** – zu roden und der Windindustrie preiszugeben. Ein solches Mahnmal dafür, was der Mensch mit seiner Natur anstellen kann, wäre noch von der gesamten Südpfalz aus sichtbar. Die Schriesheimer Öffentlichkeit erfährt davon wenig, denn eine öffentliche Diskussion darüber wird nicht gewünscht. Entsprechende Banner, die versuchen, die Öffentlichkeit auf diese Gefahr für Umwelt und Gesundheit der Schriesheimer Bürger durch Lärm, Infraschall und Schlagschatten aufmerksam zu machen, werden nach dem **Law and Order Prinzip** beseitigt. Die BI Gegenwind Schriesheim appelliert daher an die Gemeinde und insbesondere an Bürgermeister Höfer, einen öffentlichen Diskurs künftig nicht nur zuzulassen, sondern zu fördern. Entgegen einer bisherigen **Law and Order Haltung** sollte der Bürgermeister mit Befürwortern und Gegnern der Errichtung von großflächigen Windindustrieanlagen auf bisher unberührten Naturflächen des Odenwalds in eine Diskussion eintreten, die den konkreten Nutzen und die erkaufte Risiken dieser Technologie für den Schriesheimer Bürger offenlegt.